

Klimaschutz sichert Arbeit und Wertschöpfung

CO₂-freie Energiewirtschaft - Innovationsschub für starke Industrie, Beschäftigung und Ressourcensicherung

Die Energiewende tritt mit der Ausweitung auf die Sektoren Mobilität und Wärme in eine nächste Stufe ein. Die technischen Innovationen, die dadurch angestoßen werden, unterstreichen, dass der Klimaschutz ein starkes Modernisierungsprogramm für die deutsche Volkswirtschaft ist. Die CO₂-freie Energiewirtschaft stützt sich auf einen innovationsstarken Mittelstand, sichert den international wettbewerbsfähigen Industriestandort Deutschland und unterstreicht, dass Wachstum, Nachhaltigkeit, Sicherung und Aufbau von Beschäftigung sowie Ressourcenschonung miteinander möglich sind.

Das durch den Bundeswirtschaftsminister vorgelegte Debattenpapier „Nationale Industriestrategie 2030“ benennt den Maschinen- und Anlagenbau sowie den Green-Tech-Sektor als industrielle Schlüsselbereiche, in denen Deutschland führend ist und führend bleiben muss. Die Erneuerbare Energiewirtschaft ist wichtiger Kern dieser beiden Schlüsselbereiche, deren Erfolg zu einem Wachstums-, Beschäftigungs- und Innovationsmotor für die gesamte deutsche Industrie werden kann und damit gleichzeitig die Erfüllung der Klimaziele gewährleistet. Umso bedauerlicher ist es, dass im Debattenpapier kein integrierter Ansatz für eine sozial-ökologische Modernisierungsstrategie entwickelt wird, in die die Digitalisierung, künstliche Intelligenz (KI) und Plattformökonomie eingebunden und mit dem Thema Dekarbonisierung verbunden werden.

Deutschland ist nicht nur im Anlagenbau, sondern auch bei der Integration und dem Management der Erneuerbaren Energien führend. Die CO₂-freie Energiewirtschaft setzt auf digitale Technologien, nutzt die auf diesen basierenden Dienstleistungen und integriert dabei zunehmend KI. Der hohe Ausrüstungs- und Anbindungsgrad mit und über digitale Technologien und Sensorik in einem relativ jungen und großen Kraftwerkspark hat die Branchen in eine starke Ausgangsposition in wachsenden internationalen Märkten gebracht. Damit ist ein wichtiger Baustein vorhanden, um den Industriestandort Deutschland mit seinen tiefen Wertschöpfungsketten weiter zu entwickeln.

Die Digitalisierung und die Vernetzung industrieller Prozesse und Wertschöpfungsstufen, kurz Industrie 4.0, wird sowohl von der Bundesregierung als auch Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften als Chance und Bedingung für den zukunftsfähigen Industriestandort Deutschland erkannt. Für eine nachhaltige Energieversorgung gilt dies ganz besonders: Digitale Technologien tragen dazu bei, dass die in Abhängigkeit von Wetterbedingungen bereitstehende, dezentral eingespeiste Wind- und Solarenergie – in Kombination mit der flexiblen

Bioenergie und der Wasserkraft sowie weiteren Flexibilisierungs- und Speichertechnologien – den Kern einer zuverlässig stabilen Stromerzeugung bilden.

Die Erneuerbaren Energien haben sich durch Innovationen, Systemdienstleistungen und Effizienz zu einem modernen und zuverlässigen Leistungsträger der Energiewirtschaft entwickelt. Der hohe Anbindungsgrad mit und über digitale Technologien und Sensorik - zum Beispiel in einem relativ jungen und großen Windenergie-Kraftwerkspark - bringt die Branche in eine starke Ausgangsposition. Ein Großteil der Erneuerbare-Energien-Kraftwerke wird an der Energiebörse vermarktet, da er digital steuerbar ist.

Die im deutschen Maschinen- und Anlagenbau verankerten Hersteller und Zulieferer der Windindustrie sind weltweite Technologieführer, überzeugen durch Innovationskraft, generieren daraus Exportstärke und sichern zehntausende Arbeitsplätze. Auch die deutsche Solarbranche zählt in einigen zentralen Bereichen nach wie vor zur Weltspitze. So entfielen im Jahr 2016 rund zehn Prozent des globalen Wechselrichterabsatzes auf deutsche Unternehmen. Im Bereich der Materialherstellung (Silicium, Wafer, Metallpasten, Kunststofffolien, Solarglas) sowie im Produktions- und Anlagenbau sind einheimische Solarfirmen weiter international führend. Die Biogasbranche ist weltweit Technologieführer, wobei der Anteil des Auslandsgeschäfts bereits den überwiegenden Teil des Umsatzes deutscher Anlagenhersteller ausmacht.

Was für die erneuerbare Stromerzeugung gilt, das gilt auch für die erneuerbare Wärmebranche. Wärmepumpen, Holzenergie und Solarthermie sind technologisch mindestens genauso leistungsfähig wie konventionelle Heizsysteme. Mit klaren Weichenstellungen für mehr Klimaschutz im Wärmemarkt könnten diese Technologien ihre Potenziale auch endlich entfalten. Die Hersteller sind auf einen deutlichen Ausbau der Produktion – auch für den Export – vorbereitet.

Damit die in einem erfolgreichen Mix aus Mittelstand und global agierenden Technologieunternehmen organisierte Branche sich den Herausforderungen stellen kann, braucht es eine politische Flankierung. Wie kein anderer Wirtschaftszweig ist die Energiewirtschaft von politischer Regulierung betroffen und benötigt deshalb einen aktiven Gestaltungswillen der Politik.

Bundesverband Erneuerbare Energie und IG Metall Küste rufen die Politik deshalb auf, jetzt die notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen und jetzt Entscheidungen zu treffen! Wir sind überzeugt, dass die ökologische und digitale Transformation gestaltbar ist – sowohl im Interesse der Beschäftigten als auch des Klimaschutzes.

1. Starken Heimatmarkt als Fundament sichern

Innovative Zukunftstechnologien der deutschen Erneuerbare-Energien-Industrie stützen sich auf einen starken deutschen Heimatmarkt. Deutschland ist für viele Zukunftstechnologien der Energiewirtschaft der internationale Leitmarkt. Hier erprobte Innovationen sichern einen hohen Exporterfolg. Nachdem die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ sich auf den Kohleausstieg festgelegt hat, geht es für uns um mehr als einen Ausstieg: Ein verlässlicher Ausstiegspfad aus der Kohle erfordert einen ebenso verlässlichen Ausbaupfad für die erneuerbaren Energien. Die Bundesregierung muss jetzt die Weichen stellen, um die Klimaschutzziele 2030 und 2050 in einem geordneten Prozess zu erreichen. Für Wind an Land fordern BEE und IG Metall Küste die Ausschreibung von 5.000 Megawatt (MW) jährlich und für Wind Offshore einen Gesamtzubau von mindestens 20.000 MW bis 2030 und von 30.000

MW bis 2035. Für Solar verlangen sie ein jährliches Ausschreibungsvolumen von 5.000 MW und eine Abschaffung des 52-Gigawatt-Solar-Förderdeckels im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Der Klimaschutzplan 2050 zeigt die Notwendigkeit zur treibhausgasneutralen Energieversorgung auch in den Sektoren Mobilität, Wärme, Industrie und Landwirtschaft auf. Das Pariser Klimaschutzabkommen führt in vielen Ländern zu ambitionierten Klimaschutzziele. Damit wächst der Anteil an Strom aus Erneuerbaren Energien und den dafür erforderlichen Technologien. In einem starken Heimatmarkt entwickelte Lösungen sind künftige Exportschlager und sichern Beschäftigung.

Deshalb braucht es in diesem Jahr Verlässlichkeit zu den Ausbaupfaden. Die Bundesregierung muss bis zum Sommer mit einem Zeit- und Mengengerüst aufzeigen, wie sich das im Koalitionsvertrag festgelegte 65-Prozent-Ziel erreichen lässt.

2. Industriepolitische Weichenstellungen jetzt treffen

Die größten Erfolge beim Umbau der Energieversorgung wurden bisher im Stromsektor erreicht. Die Energiewende ist eine alle Sektoren umfassende langfristige Strategie zum Umbau der Energieversorgung, um diese sicher, wirtschaftlich und gleichzeitig umweltverträglich zu gestalten. Die Eckpfeiler sind die Steigerung der Energieeffizienz sowie der sektorenübergreifend verstärkte Ausbau Erneuerbarer Energien. Auf diese Weise werden die Klimaschutzziele erreicht, sinkt die Abhängigkeit von Energierohstoffen, erhöht sich die heimische Wertschöpfung und werden nachhaltige Arbeitsplätze gesichert und geschaffen.

Die Industrie braucht jetzt die Sicherheit, damit Investitionen in Speichertechnologien, industrielle Batterieproduktion sowie Stromumwandlungskonzepte (Power-to-X) und digitale Flexibilisierungslösungen freigegeben werden. Dies stärkt über die gesamte Wertschöpfungskette des Energiesektors, von der Erzeugung bis zur Endkundendienstleistung, den Industriestandort Deutschland.

Eine große Herausforderung ist, Energie und Mobilität künftig klimafreundlich zu sichern, aber gleichzeitig für alle zugänglich und bezahlbar zu gestalten. Der Wandel darf nicht auf dem Rücken derjenigen ausgetragen werden, die wenig Ressourcen zur Verfügung haben. Deshalb müssen Rahmenbedingungen transparent gestaltet und Lasten sozial gerecht verteilt werden. Ohne einen Ausbau öffentlicher Infrastruktur, ob beim Personennahverkehr oder beim Güterverkehr auf der Schiene, wird das nicht möglich sein. Bis 2030 soll jedes zweite Fahrzeug elektrisch angetrieben sein, entweder als reines batterieelektrisches Fahrzeug oder als Plug-In-Hybridfahrzeug mit elektrischem Antrieb und Verbrennungsmotor. Dies führt zu einem grundsätzlichen Wandel von Mobilität und Energie mit noch nicht abschätzbaren Folgen für die Automobilbranche. Es bedarf großer Investitionen, um eine flächendeckende Ladeinfrastruktur zu erreichen und um die Verteilnetze auszubauen und zu modernisieren.

IG Metall und BEE fordern einen deutlichen Anstieg der öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur und ein Konzept für den schrittweisen Umbau des hemmenden Steuer-, Abgaben- und Umlagensystems im Energiesektor.

3. Anwendungsmöglichkeiten verbreitern, Innovationen anregen

In der Industrie können Erneuerbare Energien eine zunehmend wichtigere Rolle spielen. Dies gilt zum einen in der Energieversorgung, sei es über Eigen- und Nahversorgung oder die Gewinnung von Prozesswärme, z.B. über Solarthermie oder Bioenergie. Zum anderen lassen sich über

Erneuerbare Energien auch Basisrohstoffe gewinnen, z.B. durch elektrolytisch erzeugten Wasserstoff und dessen Verwendung z. B. in der Stahlerzeugung.

Das Instrument der Innovationsausschreibungen, mit welchem vor allem Systemdienstleistungen und Flexibilitäten zu erproben sind, kann der entscheidende Schlüssel werden, um die Energiewende in die Sektoren Mobilität, Wärme und Industrie zu tragen. So sind beispielsweise synthetische Kraftstoffe als Speichertechnologie ein wichtiges Instrument zur Reduzierung von CO₂. Hier bedarf es von der Bundesregierung eine Investitionsstrategie.

Die Bundesregierung muss die Möglichkeiten nutzen, echte Innovationen anzureizen, die gestützt auf eine breit gefächerte Forschungslandschaft die Innovations- und Technologieführerschaft deutscher Unternehmen im internationalen Wettbewerb stärkt.

Deshalb müssen bei der Ausgestaltung der Innovationsausschreibungen technische Innovationen und das Zusammenspiel mehrerer Erzeugungsarten sowie von Flexibilitätsoptionen im Mittelpunkt stehen.

4. Digitalisierungsstrategie unterstützen

Digitale Innovationen haben die Systemkompatibilität der Erneuerbaren Energien und deren Leistungsfähigkeit bereits beträchtlich erhöht, was u.a. bei für das Energiesystem benötigten Systemdienstleistungen sichtbar wird. Hierbei ist ein stark wachsendes Potenzial im Bereich von Betrieb und Wartung zu erwarten; denn die Verfügbarkeit von Anlagen kann bspw. durch kontinuierliche Anlagenüberwachung deutlich erhöht werden.

Es gibt Innovationen im Bereich der digitalen Vernetzung von Erneuerbare-Energien-Anlagen zu virtuellen Kraftwerken und bei der Steuerung ganzer Wind- und Solarparks, die den Wirkungsgrad und die produzierte Strommenge steigern und zugleich die Systemkompatibilität deutlich erhöhen. Und nicht zuletzt werden Vorhersagen durch solide Wettermodelle und Analysen genauer, welche die Verlässlichkeit der Stromproduktion verbessern. Die Prognosen können z. B. über weitere Fortschritte bei der künstlichen Intelligenz oder satellitengestützter Meteorologie weiter verbessert werden. Deutsche Hersteller von Biogasanlagen haben es geschafft, eine immer effizientere Gasnutzung und Wärmeversorgung nicht nur bei einer kontinuierlichen Stromproduktion sicherzustellen, sondern auch bei einem flexiblen Anlagenbetrieb, der sich an die wetterbedingten Schwankungen der Wind- und Solarstromerzeugung anpasst.

Durchgehende Digitalisierung ist eine Voraussetzung für ein stabiles erneuerbare Energiesystem. Der Bund steht in der Verantwortung die Erfordernisse der Energiewirtschaft bei Frequenzvergaben oder bei Regelungen durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie zu berücksichtigen.

5. Klarer Einsatz für fairen Welthandel

Deutschland insgesamt, aber vor allem der deutsche Maschinen- und Anlagenbau und seine Beschäftigten, sind auf den weltweiten Handel und auf offene Märkte angewiesen. Offene Märkte für Handelsströme und Investitionen, wie sie etwa die Europäische Union bietet, sichern Wohlstand und Arbeitsplätze in Deutschland. Die deutsche Erneuerbare-Energien-Industrie überzeugt mit einer hohen Exportleistung. Ein- oder Ausfuhrzölle oder nichttarifäre

Handelsschranken, wie Local-Content-Anforderungen mit dem Fokus auf nationale Industriepolitik, dürfen den fairen Handel mit Erneuerbare-Energien-Technologien nicht behindern.

Es zeigt sich, dass im internationalen Wettbewerb handhabbare Finanzierungskonzepte immer wichtiger werden. Es muss gelingen, aus Deutschland heraus wettbewerbsfähige Exportfinanzierungen zu entwickeln, die die heterogene Struktur der Energiewirtschaft auf der exportierenden wie auf der importierenden Seite im Blick haben.

Deshalb ist die Einhaltung der OECD-, WTO- und der ILO-Regeln als Plattform für Wettbewerb und offene Märkte abzusichern. Handelsabkommen der Europäischen Union können dazu beitragen, Standards für einen fairen internationalen Handel zu setzen. Dafür muss sich die Bundesregierung stark machen.

6. Partnerschaft und gesellschaftliche Verantwortung gewährleisten

Der Schlüssel für den Erfolg deutscher Unternehmen waren und sind gut ausgebildete und motivierte Beschäftigte mit gesicherten Arbeitsverhältnissen. Ebenso wichtig ist ein gutes betriebliches und gesellschaftliches Miteinander, das seinen Ausdruck in Tarifverträgen und Regelungen zur Mitbestimmung findet und das von Betriebsräten, Gewerkschaften, Geschäftsführungen und Unternehmensverbänden gleichermaßen verkörpert wird. In diesem Rahmen wird gemeinsam und lösungsorientiert an den Herausforderungen, die demographischer Wandel, Digitalisierung, Migration, und berufliche Weiterbildung erfordern, gearbeitet.

Heute kämpft die Windindustrie mit kurzfristigen und in Teilen von energiepolitischen Rahmenbedingungen abhängigen Auftragsrückgängen. Um diese auszugleichen sind alle arbeitsmarkt- und tarifpolitischen Maßnahmen, wie etwa entsprechende Arbeitszeitregelungen, Kurzarbeit und Qualifizierung, zu nutzen. Die Bundesregierung ist aufgerufen, im Dialog mit den Sozialpartnern eine Ausweitung der Kurzarbeit für die Branche zu prüfen, weil die bestehenden Regelungen aufgrund der langen Vorlaufzeiten für Projekte etwa in der Offshore-Windenergie nicht ausreichen.

Gerade mit der fortschreitenden Digitalisierung steigen die Anforderungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie das Management. Immer öfter werden Beschäftigte dezentral und eigenständig Entscheidungen treffen können, Aufgaben und Abläufe völlig unabhängig erledigen und hierfür die Kommunikation steuern. Dabei greifen die Veränderungen in der Arbeitswelt auch in die persönlichen Lebensumstände der Beschäftigten ein. In einem zunehmend weiter vernetzten Umfeld gilt es, Arbeitsplatz und -aufgabe sowie Zeitsouveränität der Beschäftigten zu organisieren. In den weiter ausdifferenzierten Unternehmenslandschaften mit weitgehend schlanken Unternehmensorganisationen ist ein Bewusstsein des Miteinanders für gute Mitbestimmung und Beteiligung der Beschäftigten zu schaffen.

Hochwertige und zeitgemäße Bildung und Ausbildung sind entscheidende Voraussetzungen dafür, dass Menschen mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes in einer digitalisierten Welt umgehen und die Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus ihren Bedarf an Fachkräften decken können. Angesichts der Geschwindigkeit, mit der sich durch die Digitalisierung Arbeitsabläufe und Berufsbilder verändern, muss im betrieblichen Alltag der Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten und des Managements ein neuer Stellenwert zugewiesen werden.

Wir fordern die Bundesregierung und die Unternehmen auf, die ökologische und digitale Transformation aktiv und im Sinne „Guter Arbeit“ im Interesse der Beschäftigten zu gestalten.

Jetzt handeln!

Den Bundesverband Erneuerbare Energie und die IG Metall Küste eint das Ziel, die Stärke der deutschen Erneuerbare-Energien-Industrie nachhaltig voranzubringen und als Chance für den Industriestandort Deutschland und für Beschäftigung zu nutzen. Dafür kommt es nicht nur auf die Bewältigung des digitalen Wandels und ein förderliches außenwirtschaftliches Umfeld an, sondern auch auf das Miteinander von Arbeitgebern, Beschäftigten und Sozialpartnern sowie investitions- und beschäftigungsfreundliche Rahmenbedingungen in Deutschland.

Die nationalen Märkte der Erneuerbaren-Energien sind durch einen starken Wettbewerb von Unternehmen insbesondere des Mittelstandes geprägt. Die Vielschichtigkeit der deutschen Akteurslandschaft ist der Treiber für technischen Fortschritt und Innovation. Mittelstand und Industrie erschließen gemeinsam die Chancen der Energiewende in den Sektoren Strom, Wärme und Mobilität. Gut ausgebildete Beschäftigte, vom qualifizierten Facharbeiter bis zur Ingenieurin, sind eine notwendige Basis dafür, dass die deutsche Industrie enorme technologische Fortschritte machen und damit nicht zuletzt auch die deutlichen Kostensenkungen realisieren konnte. Wir fordern Investitionen in klimafreundlichere Produkte, Prozesse und Infrastrukturen sowie eine breit angelegte gesellschaftliche Diskussion um Ziele, Risiken, Machbarkeiten, Aus- und Nebenwirkungen der Energie- und Mobilitätswende.

Die Investitionen in die Zukunft unseres Energiesystems benötigen einen verlässlichen Rahmen, der insbesondere auch kleinen und mittleren Unternehmen die notwendige Investitionssicherheit bietet. Ein breites Angebot an qualifizierten und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen und ein Wirtschaftswachstum, das allen zugute kommt, sichern Chancen, stärken die Demokratie und das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft. Die Politik muss jetzt handeln!

Dr. Simone Peter, Präsidentin Bundesverband Erneuerbare Energie e.V.

Meinhard Geiken, Bezirksleiter der IG Metall Küste

Vorgestellt anlässlich der 47. Ordentlichen Bezirkskonferenz des IG Metall Bezirks Küste am 9.5.2019 in Hamburg